

Studie

Ökostromumlage könnte deutlich sinken

[29.01.2014] Das Öko-Institut schlägt in einer Studie vor, die Belastungen der Energiewende zwischen den Verbrauchern gerechter zu verteilen. Die Ökostromumlage könnte um 20 Prozent sinken.

Für das Gelingen der Energiewende muss nach Ansicht des Öko-Instituts die Industrie stärker an den Kosten beteiligt werden, ebenso wie Anlagenbetreiber, die Strom für den Eigenverbrauch produzieren. Die Experten der Forschungseinrichtung schlagen deshalb in einer Studie vor, die Belastungen der Ökostromumlage zwischen den bisher stark privilegierten Verbrauchern in der Industrie und den nicht privilegierten Verbrauchern im Gewerbe und in den Privathaushalten fairer zu verteilen. So sollten nur noch die Branchen von der Ausnahmeregelung profitieren, die bereits in den Regelungen der Europäischen Union zum Emissionshandel als besonders strompreissensitiv eingestuft werden und die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen. Dies würde etwa 15 stromintensive Branchen betreffen wie etwa die Aluminium-, Stahl-, Chemikalien- oder Papierindustrie. Zudem soll der für den Eigenverbrauch erzeugte Strom in die Ökostromumlage einbezogen werden. „Wir sehen heute eine nicht mehr vertretbare Ungleichbehandlung der Stromverbraucher“, sagt Verena Graichen am Öko-Institut. „Die großen Verbraucher werden im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) entlastet; zusätzlich haben sich deren direkte Stromkosten durch die sinkenden Börsenstrompreise deutlich verringert. Zukünftig müssen sich alle Verbraucher angemessen an den Kosten des EEG beteiligen“, so Graichen weiter. Im Ergebnis könnte durch die Reform laut Öko-Institut die Umlage um 1,2 Cent pro Kilowattstunde auf fünf Cent sinken, das entspricht etwa 20 Prozent. Privathaushalte würden dadurch deutlich entlastet – ein durchschnittlicher Haushalt, der etwa 3.500 Kilowattstunden verbraucht, würde mehr als 40 Euro jährlich sparen.

(ma)

Zur Studie des Öko-Instituts (PDF, 516 KB)

Stichwörter: Politik, Öko-Institut